

Keine Neuzählung bei den biometrischen Pässen Seite 12

Trotz Schweigepflicht erzählt Merz von Treffen mit Ghadhafi Seite 12

Mit Gefängnisbesuchen gegen Folter und Misshandlung. Seite 13

Kantone budgetieren wegen Krise rote Zahlen Seite 15

Krankenkassenprämien steigen um 8,7 Prozent

Junge Erwachsene und Versicherte mit Wahlfranchise müssen nächstes Jahr noch tiefer in die Tasche greifen

Die Krankenkassenprämien für Erwachsene steigen im Schnitt um 8,7 Prozent. Junge Erwachsene zahlen gar 13,7 und Kinder 10 Prozent mehr.

Claudia Schoch, Bern

Erwartet worden war ein noch viel schlimmerer Prämienanstieg. Im Frühling kündeten Fachleute für das kommende Jahr eine Erhöhung der Krankenkassenprämien schweizweit um durchschnittlich 15 Prozent an. Jetzt sind es 8,7 Prozent geworden, die Erwachsene bei einer Franchise von 300 Franken im Schnitt mehr bezahlen müssen. Für Bundesrat Pascal Couchepin ist das Resultat klar unbefriedigend. Etwas besser sei die Situation nur, weil der Bundesrat seither Massnahmen zur Kostensenkung bei den Medikamenten und bei den Laborleistungen beschlossen habe und weil sich die Finanzmärkte besser als prognostiziert entwickelt hätten. Mit den Preissenkungen habe der Bund seine Kompetenzen ausgeschöpft, meinte der Gesundheitsminister. Dringliche Massnahmen zu weiteren Kostensenkungen habe das Parlament nicht unterstützt.

Starke Unterschiede

Deutlich mehr, mit einem Plus von durchschnittlich 13,7 Prozent, bezahlen 2010 auch junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren für ihre Krankenversicherung. Viele Kassen haben ihre Rabatte für junge Erwachsene gesenkt. Sie änderten damit ihre bisherige Geschäftspolitik, wie Bundesrat Couchepin sagte. Die Kinderprämien schliesslich steigen um 10 Prozent. Insgesamt wächst das Prämienvolumen um 9,9 Prozent.

Die Unterschiede in den einzelnen Kantonen sind bei den Prämienauf-



Medizin kann heute mehr, doch damit steigen auch die Kosten und mit ihnen die Prämien.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

schlagen sehr gross. Sie bewegen sich zwischen 3,6 Prozent in Neuenburg und 14,6 Prozent in Obwalden. Die happigen Prämienaufschläge werden manches Familienbudget merklich belasten. Und wer bisher seine Prämien senkte, indem er sich für eine Wahlfranchise entschieden hatte, muss mit noch höheren Aufschlägen rechnen. Dies ist eine Mehrheit der Versicherten. Der Bundesrat hat nämlich den Rabatt für höhere Franchisen reduziert. Insbeson-

dere bei höheren Franchisen-Stufen dürfte der Prämienanstieg dadurch besonders kräftig ausfallen.

Die Differenzen bei den Prämienaufschlägen in den einzelnen Kantonen stehen vor allem in Zusammenhang mit den unterschiedlichen kalkulatorischen Reserven. So beträgt der Prämienanstieg in Genf, wo die Reserven am höchsten sind, 4,1 Prozent. Auch in der Waadt steigen die Prämien mit 5,5 Prozent deutlich unterdurchschnittlich. Immer ist der direkte Zusammenhang zwischen hohen Reserven und geringeren Aufschlägen allerdings nicht gegeben. Zürich verzeichnet trotz den dritthöchsten Reserven einen Prämienaufschlag von 8,9 Prozent. In Kantonen wie etwa Bern, Obwalden, Uri, Aargau, Appenzell A. Rh. und Appenzell A. Rh. sind die Prämienhöhen indes besonders gross. Längerfristig strebt das Bundesamt für Gesundheit (BAG) eine Angleichung bei den kalkulatorischen Reserven in den Kantonen an.

Schuldzuweisungen

Die Prämienhöhung von im Schnitt 8,7 Prozent ist die höchste in der Ära Couchepin. Dieser verwies jedoch darauf, dass in seiner Zeit zwischen 2004 und 2010 die Prämien im Durchschnitt um lediglich 3,9 Prozent gestiegen sind, in der Periode unter Bundesrätin Ruth Dreifuss hingegen um 6,5 Prozent. Un-erwähnt blieb, dass Couchepin die ordentliche Franchise auf 300 Franken und den Selbstbehalt auf 700 Franken erhöht und die gesetzlichen Reserven auf rund

12 Prozent im Schnitt gesenkt hatte. Die Verantwortung für die Prämienentwicklung schob der Gesundheitsminister vor allem aber den Krankenversicherungen zu. Diese machten im wettbewerblichen System die Preise. Ihre Prognosen zur Kostenentwicklung seien in den letzten Jahren nicht eingetroffen. Das BAG trage nur die Verantwortung für die Genehmigung der Prämien. Dabei prüfe dieses die Eingaben der Versicherer auf Plausibilität und auf Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen.

Der Sprecher des Krankenkassenverbandes Santéuisse Felix Schneuwly liess dies nicht gelten. Es sei der Bund gewesen, der Druck auf die Kassen gemacht habe, damit sie ihre Prämien im laufenden Jahr nur gering erhöhte und auf die Reserven zurückgegriffen hätten. Ausserdem lasse der starke Wettbewerb die Versicherer zu knapp kalkulieren. Dies zu verhindern, sei Sache des BAG als Aufsichtsorgan. Die Prämienhöhen für 2010 erachtet Schneuwly als zu niedrig. Es wären Erhöhungen von 12 Prozent erforderlich, sonst entstehe 2011 erneut ein Nachholbedarf.

Wütend zeigt sich der Präsident der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren Pierre Maillard gegenüber der Nachrichtenagentur SDA. Die Korrekturen, die das BAG an den von den Kassen vorgeschlagenen Prämien für 2010 angebracht habe, seien lächerlich gering. Das BAG sei gegenüber den Versicherern zu unkritisch geblieben. Für einzelne Versicherte steigen laut Maillard die Prämien im nächsten Jahr um bis zu 40 Prozent.

Wo man sich erkundigen kann

Bis Ende Oktober müssen die Krankenversicherungen die Grundversicherten individuell über ihre Prämie für das Jahr 2010 informieren. Bis zum 30. November haben die Versicherten Zeit, ihre Versicherung zu kündigen oder eine andere Versicherungsform zu wählen wie etwa eine höhere Franchise oder den Übertritt in ein günstigeres Hausarzt- bzw. HMO-Modell.

Das Bundesamt für Gesundheit hat ein Informationsangebot bereitgestellt. Unter www.praemien.admin.ch gibt es einen kompletten Prämienrechner mit den Prämien 2010 aller Krankenversicherungen. Mit dem Prämienrechner lassen sich auch die Prämien für alle Wahlfranchisen und für die Modelle mit

eingeschränkter Arztwahl vergleichen. Es finden sich ein Prämienvergleich, Tipps zum Prämien sparen, Musterbriefe sowie Kontaktadressen für die Prämienverbilligung.

Die Dokumentation kann man schriftlich bestellen unter: Bundesamt für Gesundheit, Prämien-Service, 3003 Bern, mit Angabe des gewünschten Kantons und Beilage einer adressierten Selbstklebeetikette (kein Couvert). E-Mail-Adresse: bag.praemien-service@bag.admin.ch. Bis zum 30. November sind auch Bestellungen per Telefon (031 324 88 01) oder Fax (031 324 88 00) möglich. Einen Prämienvergleich haben ferner private Internetdienste erstellt: www.comparis.ch; www.bonus.ch.

Weg der kleinen Schritte

Reformstau im Gesundheitswesen

Der Prämienanstieg bei den Krankenversicherungen von 8,7 Prozent im schweizweiten Durchschnitt ist nicht Ausdruck einer plötzlichen Kostenexplosion im Gesundheitswesen. Ursache ist vielmehr eine verfehlte Preispolitik der letzten Jahre. Die Prämien wurden zwischen 2007 und 2009 mit Erhöhungen, die deutlich unter dem Kostenwachstum im Gesundheitswesen lagen, künstlich tief gehalten. Ob die verfehlte Preispolitik in der Verantwortung der Krankenversicherer oder des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) und damit des Bundesrats lag, macht für die Versicherten keinen Unterschied. Sie bezahlen die Zeche.

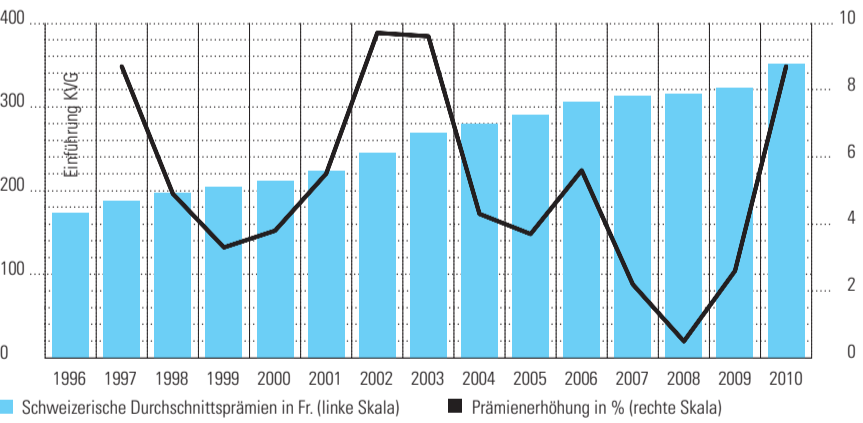
Die politischen Behörden sind allerdings von Verantwortung nicht freizusprechen. In diesen Spalten wurde schon vor einem Jahr gewarnt: Die Prämienhöhen für 2009 von moderaten 2,6 Prozent spiegeln nicht die ganze Wahrheit. Lassen wir uns nicht täuschen: Das Kostenwachstum in der obligatorischen Grundversicherung ist beträchtlich höher. Nur ein Jahr später stellen sich diese Befürchtungen als angemessen heraus.

Bundesrat Couchepin konnte, wie sich nun zeigt, die Erwartungen, die er bei seinem Amtsantritt als Gesundheitsminister geweckt hatte, nicht erfüllen. Die Gesundheitskosten wuchsen Jahr für Jahr weiterhin deutlich über der allgemeinen Teuerung. Allerdings ist anzuerkennen, dass es ihm gelang, auf die Preise bei den Medikamenten, bei den Mitteln und Gegenständen sowie den Laboranalysen senkend einzuwirken.

Um den Prämienanstieg wirklich zu bremsen, ist eine ehrliche Politik der echten Einsparungen erforderlich. Diese ist nicht ohne das Parlament möglich. Hoffnungen liegen auf dem neuen Gesundheitsminister Didier Burkhalter, der auf eine konsensuale Politik setzen will. Manche werden aber auch versucht sein, den Leidensdruck der Bevölkerung zu nutzen, um ihre Ideen einer staatsnahen oder einer marktnahen Medizin durchzusetzen. Beides dürfte scheitern. Grosse Würfe goutiert das Volk nicht. Der regulierte Markt, für den die Politik ihren Teil an Verantwortung zusammen mit den Akteuren des Gesundheitswesens zu übernehmen hat, verlangt einen Umbau auf dem mühsamen Weg der kleinen Schritte.

Vordringlich ist dabei, das Wachstum in den Sektoren mit den grössten Kostenentwicklungen einzudämmen. Hoffnungen liegen auf der neuen Spitalfinanzierung. Doch bestehen auch Befürchtungen, dass diese 2012 zunächst zu einem weiteren Kostenschub führen könnte. Zudem ist die Gesetzgebung, die Couchepin vor Jahren dem Parlament zugeleitet hat – zu Managed-Care-Modellen, zur Lockerung der Vertragsfreiheit sowie zur Finanzierung aus einer Hand –, endlich voranzutreiben.

Entwicklung der Prämien seit 1996



Die kantonalen Durchschnittsprämien auf einen Blick

Kanton	Erwachsene (ab 26 Jahren)		Junge Erw. (19-25 Jahre)		Kinder (bis 18 Jahre)	
	Prämie in Fr.	± in %	Prämie in Fr.	± in %	Prämie in Fr.	± in %
Aargau	326	10,5	274	15,7	78	10,8
Appenzell I.-Rh.	257	10,5	217	15,4	63	10,9
Appenzell A.-Rh.	277	11,7	236	18,2	67	12,4
Bern	386	11,5	316	15,8	90	12,6
Basel-Landschaft	368	11,1	307	15,8	90	12,3
Basel-Stadt	452	7,7	387	13,1	111	9,2
Freiburg	325	8,9	274	11,3	78	9,3
Genf	435	4,1	374	7,8	102	6,1
Glarus	296	9,9	245	15,0	69	9,5
Graubünden	299	12,3	248	16,9	73	12,9
Jura	356	7,3	317	12,1	85	6,0
Luzern	309	11,1	254	14,8	73	9,7
Neuenburg	382	3,6	335	9,0	88	6,3
Nidwalden	256	11,0	211	14,0	61	8,8
Obwalden	283	14,6	232	17,5	67	12,7
St. Gallen	311	10,4	260	15,7	75	11,0
Schaffhausen	333	8,9	283	16,0	80	9,8
Solothurn	326	10,2	275	15,7	80	12,2
Schwyz	302	11,7	249	15,6	72	10,2
Thurgau	322	8,5	272	14,2	79	10,4
Tessin	387	3,9	331	9,4	93	6,4
Uri	285	12,9	234	16,7	68	10,7
Waadt	395	5,5	350	10,1	99	9,2
Wallis	300	10,0	253	13,3	73	10,3
Zug	291	10,5	244	14,7	71	10,6
Zürich	340	8,9	287	14,9	82	10,1
Schweiz	350	8,7	295	13,7	84	10,0

QUELLE: BAG NZZ INFOGRAFIK / cke

ANZEIGE



Die GSoA-Initiative vernichtet über 10'000 Arbeitsplätze in rund 550 Firmen. In Krisenzeiten brauchen wir nicht noch mehr Arbeitslose!

Am 29. November
Exportverbote NEIN
GSoA-Initiative

Konkrete gegen Exportverbote, c/o Postfach 61.36, 3001 Bern

www.exportverbot-nein.ch